

Völkische Tageszeitung

Organ
des Deutschen Völkischen Tageszeitungsverbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b^{III}
Fernsprecher: Ami Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Zur politischen Lage!

Am 4. Juni hat Reichkanzler Marx im Reichstag die Erklärung abgegeben, daß der Reichspräsident die alte Regierung aus neue bestätigt habe, nachdem wochenlang vergeblich mit den Parteien verhandelt wurde zwecks Bildung einer rechts gerichteten Regierung. Der Reichkanzler erklärte weiter, daß die Politik der Annahme des Sachverständigengutachtens fortgesetzt würde. Am 5. Juni kam es dann zu einer Auseinandersetzung der Parteien. Graf Westarp kündigte als Sprecher der Deutschnationalen der Regierung schärfste Opposition an und erklärte, daß seine Partei zu der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauen habe. Der Reichkanzler Marx trat dem anmaßenden Auftreten des Grafen Westarp energisch entgegen und erklärte, daß seine redlichen Bemühungen, mit den Deutschnationalen eine Regierungscoalition zu bilden, daran gescheitert sind, daß die Deutschnationalen sich fortgesetzt weigerten, die verlangte Erklärung abzugeben, daß die bisherige Außenpolitik unverändert fortgesetzt wird. Ebenso habe es der Reichkanzler ablehnen müssen, den von den Deutschnationalen verlangten Eingriff in die preußischen Regierungsverhältnisse vorzunehmen. Die Deutschnationalen wollen vor allem den Minister Geering kürzen und mit ihm alle übrigen Vertreter der Arbeiterparteien. Nach dem Reichkanzler rechnete der Abg. Löbe mit den Deutschnationalen so gründlich ab, daß den Herrschaften die Schamröte kommen müßte, wenn das überhaupt möglich wäre. Löbe sagte: Die Kardinalfrage der deutschen Politik bleibt das Sachverständigengutachten. Selbst König sag: Günstigere Bedingungen als diese hat Deutschland in Jahrzehnten nicht zu erwarten. Nach dem Ausfall der französischen Wahlen habe die Konstellation Herriot-Macdonald die Hoffnungen aller derer zerstört, die auf eine Zerspaltung der Alliierten gerechnet hatten, die Entente ist gescheitert. Ohne Annahme des Sachverständigengutachtens gebe es keine Kredite, ohne welche die deutsche Industrie nicht leben kann. Die Währungsfrage müssen am 15. Juni beendet werden. Wenn das Sachverständigengutachten nicht angenommen wird, entsteht die Gefahr der Abtrennung deutscher Reichsteile und es gibt keine Freilassung der Gefangenen. Löbe zerpflückte auch die Dolchstoßlegende nochmals mit dem Hinweis auf die vielen Gefallenen aus den Reihen der Arbeiterschaft. Er zeigte, welchen Schaden die Stahlhelmeute dem deutschen Volke zufügen und wie diese Menschen von Ehre reden können, nachdem sie jeden Ehrbegriff besudelt haben. Uebrigens würde in wenigen Wochen diesen Stahlhelms-Organisationen eine Organisation der deutschen Arbeiterjugend gegenüberstehen, welche die Freiheit des Volkes verteidigen werde. Es wäre übrigens die größte Dummheit, die Arbeiterparteien fortgesetzt mit der Dolchstoßlegende zu beschuldigen, denn diese Millionen Männer würden ja immer wieder gebraucht, auch von den Parteien, welche die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wollen.

Was über Demokratie in dieser Reichstagsdebatte gesagt wurde, ist ein besonderes Kapitel. In Amerika, England und Frankreich wird beflüßigt mit dem demokratischen Parlamentarismus regiert, und man darf wohl sagen, daß diese Regierungsform einer Regierung mit diktatorischen Vollmachten, von der man nie wissen kann, was sie im Schilde führt, immer noch vorzuziehen ist.

In welcher Weise die deutschnationalen Blätter die Reichstagsverhandlungen vom 5. Juni ihrem Publikum vorsetzen, darüber bringt das „Berliner Tageblatt“ vom 6. Juni folgende hübsche Auslese, welche die Strupflosigkeit, die in deutschnationalen Kreisen herrscht, trefflich beleuchtet:

„In ihren „Stimmungsbildern“ aus der gestrigen Reichstagsdebatte haben sich die deutschnationalen Diktatoren einige hübsche Bemerkungen geleistet, die nicht ganz unbeachtet bleiben sollen. Der sozialdemokratische Sprecher Löbe hat in seiner ausgezeichneten

Rede gesagt, wer das parlamentarische System für Deutschland ungeeignet nenne, stelle das deutsche Volk tief unter alle anderen Völker. Dazu bemerkt der kenntnisreiche Mac. Völkler des „Berliner Lokal-Anzeigers“:

„Ach, du lieber Himmel! Herr Löbe, der in seinem historischen Studien bereits bis Bismarck vorgebrungen ist, lese einmal ein wenig bei Paul de Lagarde, Gotthard Rader und vielleicht auch bei Friedrich Nietzsche über den Wert des Parlamentarismus und die Minderwertigkeit der „eigentlich politischen Völker“ nach. Es könnte ihm nichts schaden.“

Man steht bewundernd vor einer Bildung, die sich von Lagarde bis zu Nietzsche erstreckt. Aber es wäre nicht nötig gewesen, diese geistigen Größen anzurufen. Die Behauptung, daß die „eigentlich politischen Völker“ — England, Frankreich, Amerika und der parlamentarisch regierte Rest der Welt — „minderwertig“ seien, haben wir vor dem Kriege oft in der damals konservativen und altdeutschen, jetzt deutschnationalen und völkischen Presse gelesen. Auf der Hoherzeugung von der „Minderwertigkeit“ dieser parlamentarisch regierten Staaten, also aller Völker mit Ausnahme Deutschlands, Österreichs und Rußlands, beruhte die ganze „Politik“, die von den genannten Parteien, Gruppen und Blättern betrieben wurde und uns herrlichen Zeiten eingeleitet hat. Wenn heute, nach mancherlei Erfahrungen, der Satz von der Minderwertigkeit noch immer einem gewiß intelligenten Publikum vorgetragen wird, so beweist das nur wieder, daß man Lagarde zitieren und doch nichts gelernt haben kann.

Im Stimmungsbericht der „Deutschen Tageszeitung“ dagegen standen gestern Abend die folgenden Mitteilungen:

„Und wenn endlich der Abgeordnete Löbe in einer Rede genannten — Lucienade auf den angeblichen Stimmungsumschwung in Frankreich und Herriots Programm hinwies, dann scheint er ganz — etwa geisteslos? — vergessen zu haben, daß Herriot ein erlebter Mann ist, der weder in der Kammer, noch im Senat eine Mehrheit hat und dem Millerand die Berufung zu verweigern gedenkt.“

Die deutschnationalen Leser werden vortrefflich informiert. Nicht nur über die Rede des Abg. Löbe — eine „Lucienade“ —, von der man ihnen ganze fünfzehn Seiten darreicht, sondern auch über die Lage der Dinge in Frankreich. Herriot ist ein „erlebter Mann“. Bei der „Deutschen Tageszeitung“ scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Die Deutschnationalen sehnen sich nach Poincaré, der ihr bester Verbündeter war und dem sie ihre Wahlerfolge verdanken, und demokratisches Kabinett Herriot, das vielleicht eine Verständigungspolitik anbahnen könnte, stört das deutschnationale Parteigeschäft. Alles fürs Vaterland!

Am 6. Juni hat der Reichstag der Regierung mit 239 gegen 194 Stimmen das Vertrauen bekräftigt. Die Annahme des Sachverständigengutachtens durch die Regierung wurde mit 247 gegen 183 Stimmen gebilligt.

Man darf nunmehr hoffen, daß endlich wieder Stetigkeit und Klarheit im Wirtschaftsleben aufkommt. Es wird auch darauf ankommen, daß die Arbeiterschaft ihre Kräfte zusammenzufassen versteht, um sich Geltung zu verschaffen.

Das Sachverständigengutachten.

Nachdem die Deutschnationale Partei wochenlang eine elende Komödie aufgeführt hat, ist es doch wieder beim alten geblieben. Am 4. Juni meldete die Presse, daß der Reichspräsident das alte Kabinett Marx-Stresemann neu bestätigt hat. Die Leute, die sich den Namen deutschnational beigegeben haben, sind nichts weiter als Jämmerlinge, die nur ihre eigenen engen Privatinteressen verfolgen. Es lohnt nicht, darüber viele Worte zu verlieren, diese Gesellschaft ist ja dafür bekannt.

Mit der Wiederbestätigung der Regierung Marx-Stresemann dürfte endlich wieder Klarheit in die poli-

tische Lage und damit rückwirkend auch in die wirtschaftliche Lage gebracht werden. Im Vordergrund des Interesses steht zweifellos das Sachverständigengutachten, weil von der Annahme desselben die Gestaltung der deutschen Verhältnisse in der Zukunft abhängig sein wird. Das Gutachten muß einfach deshalb schon angenommen werden, weil sonst die Lage des Deutschen Reiches eine noch viel schlechtere werden würde als sie es jetzt schon ist. Würde das Gutachten nicht angenommen, wäre eine neue Inflation mit allen ihren Schrecken die notwendige Folge. Also wirtschaftlicher und politischer Zusammenbruch. Das Ausland würde uns weder Vertrauen noch Kredit gewähren, was das wirtschaftlich bedeutet ist klar, wo jedermann wissen kann in welchem Maße wir auf Rohmaterialbezug vom Ausland angewiesen sind. Politisch wären die Folgen gar nicht abzusehen, neue Bedrückungen und Demütigungen würden unausbleiblich kommen.

Auf den Inhalt selbst kann hier nur ganz kurz eingegangen werden, denn das Sachverständigengutachten ist von nicht geringem Umfange. Sachkenner bezweifeln nicht, daß das Deutsche Reich überhaupt imstande ist zu leisten, was darin gefordert wird. An den Vorschlägen ist beachtlich, daß die verlangten Leistungen Deutschlands, die gesamten Verpflichtungen hinsichtlich der durch den Krieg entstandenen Lasten umfassen. Also Reparationen, Befestigungskosten, Kontrolle und Überwachung. Als ein weiterer Vorzug ist vor allem die Bestimmung beachtlich, daß die Zahlungen, die Deutschland leisten soll, nicht mehr in fremder Währung, sondern in deutscher Währung (Gold natürlich) zu leisten sind. Dadurch würde eine neue Inflation und Störung der deutschen Geldmärkte wirksam vermieden, was den Deutschenhaftern das Geschäftemachen unmöglich gemacht.

Auch in bezug auf die innerpolitischen Verhältnisse würde die Annahme des Gutachtens manches Gute haben. Es werden darin Richtlinien aufgestellt, wie das Deutsche Reich seine Wirtschaft und Verwaltung zu reorganisieren hat. So rügt das Gutachten scharf die Sonderbestrebungen der einzelnen Länder, die ja besonders stark in Bayern in Erscheinung traten. Auch die Steuerbrückerbergerei der Bestehenden findet ihre Brandmarkung. Allerdings über die dem Deutschen Reich durch den Friedensvertrag von Versailles entzogenen Wirtschaftsgebiete und Rohstoffquellen äußert das Gutachten sich nicht. Die Not der Volksmassen in bezug auf Wohnung, Ernährung, Erwerbsbelegenheit und infolgedessen Steuerkraft und Zahlungsfähigkeit läßt das Gutachten unberücksichtigt. Das Gutachten stellt überhaupt Entnahmen in Rechnung, die mehr oder weniger auf Annahmen basieren, von welchen man nicht bestimmt sagen kann, ob sie zutreffend sein werden.

Nachdem der Reichspräsident die Regierung Marx-Stresemann wieder bestätigt hat, ist ja die Annahme des Sachverständigengutachtens so gut wie gewiß. Unsere Hauptfrage muß nun darauf gerichtet sein, daß die Lasten, die dem deutschen Volke dadurch aufgehaßt werden, nicht wieder von den Bestenben auf die breiten Massen gemäzt werden. Diese Gefahr ist bei der Zerspaltung und Unstetigkeit, die zurzeit in den Reihen der Arbeiter und Angestellten herrscht, leider nur allzugroß.

In den Wäutern für Politik und Wirtschaft behandelt der Reichstagsabgeordnete Paul Loh das Problem der Annahme oder Ablehnung wie folgt:

„Außenpolitisch — das kann keine Frage sein — erfordert das von uns wahrzunehmende Interesse die Annahme des Sachverständigengutachtens. Wir haben ein Interesse an der Befriedung der verfahrenen Verhältnisse. Wir haben ein Interesse an der Verhinderung von Zuständen, wie sie der Kubetrieg seinerzeit über Europa, aber am meisten über Deutschland heraufbeschworen hat, und wir haben vor allem das Interesse, auf dem Wege praktischer Arbeit der nationalen Agitation und Wühleri in allen Ländern entgegenzutreten.“

Außenpolitisch müssen wir die Basis schaffen, auf der die letzten nationalistischen Ausläufer des Krieges

liquidiert werden können. Innenpolitisch aber gewinnt die Frage des Sachverständigenrats eine besondere Bedeutung, weil sich das Sachverständigenrat nicht nur auf die Regulierung außenpolitischer Beziehungen zwischen Deutschland und den Entente-Ländern beschränkt, sondern, weil das Sachverständigenrat auch gewisse innenpolitische Regelungen trifft: Die Frage anschnit, wer im inneren Verhältnis der deutschen Klassen die Lasten zu tragen habe. So gesehen, kann kein Zweifel sein, daß das Sachverständigenrat die ungünstigste Lösung von allen bisher vorgeschlagenen Lösungen darstellt. In den feineren Vorschlägen über die Sachverständigenrat von Robert Schmidt und Staatssekretär Hirsch war die Aufbringung der Mittel für die Reparationen im wesentlichen so gedacht, daß auf dem Wege über die Sachwertentlastung die bestehenden Klassen mit etwa 20-25 Goldmilliarden belastet werden würden. Dieser Vorschlag ist damals in den Papierbüchern der Bureaucratie und im bösen Willen der bestehenden Klassen untergegangen. Als der Aufricht der bestehenden Klassen eingemessen das Gewissen geschäft hat, machte die Regierung Cuno einen zweiten Vorschlag, den Vorschlag vom 2. Mai/7. Juni 1923. In diesen Vorschlägen war der frühere Vorschlag von Schmidt-Hirsch bereits wesentlich modifiziert zugunsten der bestehenden und zu Lasten der nichtbestehenden Klassen. Im Cuno'schen Vorschlag war vorgeschlagen eine Reparationssumme von 30 Goldmilliarden. Hiervon sollten aufgebracht werden: 10 Milliarden von den Eisenbahnen, d. h. aus Vermögensbeständen des Reiches, 10 Milliarden von den Bestehenden (Industrie, Landwirtschaft, Banken, Handel) und 10 Milliarden durch Kosten auf den Konsum. Damals war also das Verhältnis zwischen diesen drei Kategorien wie 1:1:1. Dieses Verhältnis ist nach dem Vorschlag der Sachverständigen gründlich geändert. Nach dem Vorschlag der Sachverständigen sollen auf die Eisenbahn geleistet werden 11 Goldmilliarden, die zu 5 Proz. verzinslich und zu 1 Proz. amortisiert, eine jährliche Last von 600 Millionen ergeben. Die Industrie soll belastet werden mit 5 Goldmilliarden, was wiederum bei 5 Proz. Verzinsung und 1 Proz. Amortisation eine Jahreslast von 300 Goldmilliarden ergibt. Demgegenüber aber soll der allgemeine Staatshaushalt, also zum großen Teil der Verbrauch belastet werden mit mehr als 1500 Goldmilliarden, so daß also das Verhältnis von Privatvermögen zu öffentlichem Vermögen zu allgemeinen Steuern, das nach dem Vorschlag der Regierung Cuno wie 1:1:1 war, nach dem Vorschlag der Sachverständigen wäre wie 1:2:5. Die 5 zu Lasten des Konsums. Nicht nur hätten also nach dem Vorschlag der Sachverständigen die Bestehenden weniger als die Hälfte dessen zu tragen, was das Reich aus seinem Vermögen beisteuert, obgleich nach dem Vorschlag der Regierung Cuno sie ebenfalls beitragen sollten, sondern Landwirtschaft, Banken, Handel usw. würden völlig frei ausgehen.

Dazu kommt aber ein weiteres. In dem Sachverständigenrat ist eine Endsumme nicht festgestellt, so daß also die Raten von, in normalen Jahren, 2,5 Goldmilliarden jährlich, die an Reparation zu leisten wären, vollständig ohne Begrenzung weiter laufen. Sene beiden Kosten, die Auflagen auf die Industrie und die Auflagen auf die Eisenbahn, sind aber mit 5 bzw. 11 Milliarden der Summe nach und, bei einer Amortisation von 1 Prozent pro Jahr, zeitlich auf etwa 86 Jahre beschränkt. Mit anderen Worten, das ganze Risiko der Nichtfestlegung der End-

summe an Reparationen ist heute von Eisenbahn und Industrie abgewälzt auf die dritte Reparationsquelle: die Steuern.

Aus diesen Grunde ist ganz durchsichtig, weswegen eben diejenigen, die bisher nur gar zu laut schrien, daß Deutschland überhaupt kein Reparationen zahlen würde und daß selbstverständlich, ehe ein Pfennig bezahlt würde, man die Endsumme erst festlegen müsse, heute Feuer und Flamme sind für eine Reparationszahlung, die keine Festlegung der Endsumme vorsieht.

Aber wenn sie rufen, das Sachverständigenrat anzunehmen, so meinen sie das Sachverständigenrat so und mit der inneren Verteilung der Lasten, wie sie von den Sachverständigen skizziert ist. Es kann aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß aus mehr als einer Stelle des Sachverständigenrats sich ergibt, daß gerade diese innere Verteilung der Lasten für die Sachverständigen nicht zu dem Teil gehört, den sie als Einheitsstück und Ganzes betrachtet wissen wollen, sondern, daß gerade in diesem Punkte die Sachverständigen eine Umänderung nicht nur voraussehen, sondern sogar wünschen. So ist etwa die Last von 5 Milliarden auf die Industrie als eine Mindestlast bezeichnet, und es ist ausdrücklich gesagt, daß sie geringer sei, als die Verschuldung der Industrie vor dem Kriege, die sie durch die Markenerweiterung völlig abgelöst habe. So ist, was die Landwirtschaft angeht, ausdrücklich gesagt, daß das Sachverständigenrat bezüglich ihrer Belastung konkrete Vorschläge nicht machen wolle, weil die Frage für das Sachverständigenrat als Außenstehende zu kompliziert sei. Der Weg aber zur Belastung der Landwirtschaft ist auch im Sachverständigenrat offen gehalten. Endlich aber weist das Sachverständigenrat mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß gerade bei der Erhebung neuer Steuern die deutsche Steuerleggebung ein völlig anderes Gesicht bekommen müsse als das, was sie bisher gehabt habe. So sagt das Sachverständigenrat wörtlich: „Diese Notbehelfe (die Steuermaßnahmen der deutschen Regierung im Jahre 1923) geben uns keine Beruhigung über die allgemeine Frage der Besteuerung der wohlhabenden Klasse, und nach unserem Urteil sollte die deutsche Regierung, wenn sie wünscht, daß die Ärmsten und ihre eigenen arbeitenden Klassen sich von diesem guten Willen in dieser Sache überzeugen, rechtzeitig ihre endgültigen Absichten betreffs der Höhe für die Einkommensteuer veröffentlicht.“

Das heißt also, auch das Sachverständigenrat erwartet, daß die deutsche Steuerleggebung eine solche werde, daß sie auch bei den deutschen arbeitenden Klassen das Gefühl erwecke, daß die deutsche besitzende Klasse mindestens ebenso sehr wie die arbeitende Klasse zu Steuerträgern herangezogen werde.

Diese innere Lastenverteilung wird das A und O unseres Kampfes in den nächsten Jahren nicht nur, vielleicht in den nächsten Jahrzehnten sein. Wir glauben aber, daß wir uns etwas vergeben, wenn wir diese innere Lastenverteilung aus den Augen lassen, in einem Augenblicke, in dem wir mit starken Krämpfen auf die innere Verteilung einwirken können. Die deutsche Bourgeoisie braucht uns. Wenn sie jetzt auf eine Verständigung mit der Entente brängt, so tut sie es nicht um unserer schönen Augen und auch nicht um der schönen Augen der Franzosen willen, sondern sie tut es, weil sie jetzt endlich merkt, daß ohne diese Verständigung das Reich zugrunde geht. In diesem Kampf für die Befriedung Deutschlands

gegenüber der junkerlichen Reaktion und der nationalistischen Verheerung, die jetzt über die deutsche Bourgeoisie zu kommen drohen, braucht diese unsere Hilfe. Wir sollen diese unsere Hilfe nicht verschenten, sondern zuor und ehe das letzte Wort gesprochen wird, alle die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um die Lasten der Verteilung sachlich in dem Sinne festzulegen, wie wir sie festgelegt haben wollen. Ist einmal die Entscheidung gefallen, ist das Jawort gesagt, so wird der linksste Mann in der deutschen Bourgeoisie, mit dem wir dann die Frage der inneren Verteilung zu erledigen haben, Herr Fischer-Röhl sein. Und was das heißt, das wissen die Sachverständigen zu sagen. Wir müssen die Frage der inneren Verteilung lösen, solange die deutsche Bourgeoisie uns braucht. Ist einmal die Annahme des Sachverständigenrats entschieden, werden Junkertum und Bourgeoisie in der Frage der inneren Verteilung eine geschlossene Front gegen uns bilden und darum müssen wir handeln, ehe es zu spät ist.

Diese Ausführungen sollten Beachtung finden und die Arbeiterschaft veranlassen, ihre Kräfte wieder zu konzentrieren und die alte Einigkeit wieder herzustellen.

Nachdem in England und Frankreich jetzt ein anderer freierlicher, toleranterer Geist aufgetaucht ist, muß auch das deutsche Volk dahin gelangen, daß es nicht angeht, länger Hoß zu hegen. Die Kulturländer England, Frankreich, Deutschland können im guten, friedlichen Verhältnis zueinander und nebeneinander besser bestehen, als wenn sie nur gespannt darauf lauern, wieder über einander herzufallen. Frieden brauchen die Völker!

Unternehmer-Miswirtschaft.

Die Unternehmer verlangen, daß länger als acht Stunden gearbeitet wird, weil das deutsche Volk angeblich nur durch eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit aus dem Elend, in dem es steckt, gerettet werden kann. Die Arbeiterschaft hört sich wohl, allein mir scheint tatsächlich die Ueberzeugung daran, daß diese Behauptung den Tatsachen entspricht. Ueberlegen wir uns doch nur, was tatsächlich in der deutschen Wirtschaft fehlt. Die Berichte der Arbeitsnachweise über offene und besetzte Stellen und eingedruckene Arbeitslose, ferner über unterflüssige Arbeitslose liefern doch den trefflichen Beweis dafür, daß in der deutschen Wirtschaft für die vielen Arbeitstuchenden keine Arbeit vorhanden ist!

Sind tatsächliche Industrien und Berufe vorhanden, wo alle Arbeitskräfte voll beschäftigt werden können und weitere nicht aufzutreiben sind? Wenn ja, dann ist es ein leichtes, weitere Kräfte heranzubilden. Bis das geschehen kann, sind die Arbeiter immer bereit Ueberstundenarbeit zu leisten.

Sieht man sich aber die Situationsberichte über die einzelnen Industrien an, dann erfährt man, daß die Dinge ganz anders liegen, als wie sie von den Unternehmern zur Begründung der Verlängerung der Arbeitszeit dargestellt werden. Da fehlt es an Absatzmärkten, da fehlt es an Rohmaterial um die Produktion im richtigen Gang zu halten, da muß verkürzt gearbeitet, zum Teil auch wochenlang ganz ausgesetzt werden. Aber trotzdem soll der Achtstundentag nicht genügen.

Was eine Arbeitszeitverlängerung bestenfalls erreicht, ist eine Verminderung der sozialen Aufwände, die der Unternehmer zu tragen hat, also eine geringe Verbilligung der Produktionskosten. Um ganz objektiv

Berufsberatung und Psychotechnik.

Von Dr. S. Langenberg, Landesberufsrat Düsseldorf.

In den vorigen Nummern dieser Zeitung haben wir uns in dem Aufsatz: „Berufsberatung“ über die heutige Organisation der öffentlichen Berufsberatung und einige Fragen allgemeiner Natur unterhalten. Nun sollen auch einige allgemeine Gesichtspunkte zur psychologischen Berufsberatung aufgezählt werden.

Am Rande bestand die harte Notwendigkeit, für gewisse Soldatenberufe nur die bestgeeigneten Menschen — die Elite — auszuwählen. Man erkannte daher Mittel und Wege, um die seelischen Qualitäten eines Menschen genau festzustellen. Man suchte mit Bestimmtheit die Frage zu beantworten: Welche von diesen Menschen werden sich sehr gut eignen etwa zum Flieger (Piloten, Beobachter), Junker, Kraftfahrer, Telefonisten u. dgl. Da zur Feststellung dieser seelischen Fähigkeiten vielfach von Technikern komplizierte Apparate erfunden wurden, erhielt diese ganze Wissenschaft der Auslese von Menschen nach psychologischen Gesichtspunkten den nicht gerade schönen Namen: „Psychotechnik“. Schon lange vor dem Kriege haben besonders die Pädagogen sich bestrbt, die Ergebnisse der reinwissenschaftlichen Seelenforschung für die Praxis ihres Bereichs auszuwerten. Nach bestimmten Methoden stellen sie die Art der Aufmerksamkeitsleistung, deren Gedächtnis, Wortstellungstypus, Intelligenz u. dgl. fest, weiterhin

untersuchen sie, unter welchen Bedingungen ihr Unterricht den größten Erfolg erzielt u. dgl. Schon während des Krieges war das Schlagwort aufgetaucht: Freie Bahn dem Tüchtigen. Die Pädagogen gingen daher mit Eifer aus Wert, die Schulklassen zu scheiden in Unterbegabte, Normalbegabte und Ueberbegabte. Es tauchten Pläne auf, für diese drei Arten der Begabungsunterschiede auch besondere Klassen einzurichten, die Förderklassen und Begabtenklassen. Für die Unterbegabten haben wir in Deutschland schon ein sehr gut ausgebautes Hilfsschulwesen, die Pläne für besondere Hochbegabtenklassen bleiben jedoch meistens fromme Wünsche wegen der immer mehr erlahnenden Finanzkraft des Landes.

Die Anarbeiten dieser pädagogischen Psychologen kamen den Wirtschaftspsychologen, die besonders nach dem Kriege in ihre Fußstapfen traten, sehr zugute. Der Gedanke, auch im Wirtschaftsleben jeden Menschen an den Platz zu stellen, an dem er nach seiner Eignung und Neigung das Beste leisten könnte, wurde durch die traurige wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes nach dem Kriege immer dringlicher. Darum auch konnten Probleme der praktischen Berufsberatung immer mehr gefördert werden, darum auch wird die Hilfswissenschaft der Berufsberatung, die Psychotechnik, noch eine gute Zukunft haben.

Die Psychotechnik will nun nicht allein für die einzelnen Berufe die bestbegabten Anwärter auslesen, sie hat noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen. Genannt seien nur Feststellung

des besten Arbeitsgerätes, der besten Behandlung des jeweiligen Arbeitsstoffes, der besten Arbeitsart, wie Gestaltung der Banken, der Bewegungen u. dgl. Ich lasse hier die Zeit- und Bewegungsstudien der reinen Arbeitsforschung mit unter den Sammelbegriff Psychotechnik. Nahe verwandt mit der Psychotechnik ist der sogenannte Taylorismus, mit dem sie leider heute noch häufig verwechselt wird. Zwischen beiden besteht jedoch ein fundamentaler Unterschied: Der Taylorismus will, kurz gesagt, die beste Auswertung der menschlichen Arbeitskraft unter möglicher Schonung dieser Arbeitskraft, d. h. er fragt: Wie erzielt ich eine möglichst hohe Arbeitsleistung unter möglicher Erparnis von Zeit und Kraft? Die Bestrebungen des Taylorismus sind jedoch vor allem diktiert von der Wahrung der Interessen des Unternehmers, während die Psychotechnik in erster Linie das Wohl des zu untersuchenden Individuums im Auge hat. Der Taylorismus kommt aus Amerika, und in Amerika werden seit einem Jahrzehnt auch die Bestrebungen der Psychotechnik eifrig gefördert. Sehr lesenswert, auch für den Nichtwissenschaftler, ist das berühmte Buch von Münsterberg: „Psychologie und Wirtschaftsleben.“ (Verlag Ambrosius Barth, Leipzig.)

Bei der Berufspsychologie ist zu scheiden zwischen der Analyse der Anforderungen, die an einen bestimmten Beruf zu stellen sind (Objekt-Psychotechnik) und der Feststellung, ob ein Bewerber die von einem Beruf geforderte Eigenschaften besitzt (Subjekt-Psychotechnik).

Unternehmern mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Produktionskosten zu hoch sind und der Absatz des Fertigproduktes gefährdet würde. Damit ist der bekannte Preis hergestellt. Leure Rohprodukte, leures Fertigprodukt, verminderter Absatz und Export, niedrige Löhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Er wirkt besonders auf den lebenswichtigen Export ein. Im März 1924 betrug die Ausfuhr von Schuhwerk (einschließlich Pantoffeln und Hausschuhen) 380 053 Paar. Sie war also um 43 574 Paar geringer als im Januar und um 106 300 Paar geringer als im Februar 1924. Die Schuhwareausfuhr nach Großbritannien betrug im März nur 27 281 Paar gegen 79 270 Paar im Februar, nach Dänemark im März 40 711 Paar gegen 80 696, nach Holland 4290 gegen 21 054 und nach Norwegen 35 875 gegen 84 052 Paar im Februar. Auch die Lederexporte verringerte sich von 7514 Doppelzentner im Februar auf 5392 Doppelzentner im März. Diese starke Verminderung des Exports an Schuhwaren kann nicht nur auf Schwierigkeiten örtlicher Natur in den einzelnen Ländern beruhen, sondern es kommen gerade die hohen Rohhäutepreise zur Auswirkung. Von einer Freigabe der Ausfuhr von rohen Häuten und Fellen dürfte also keine Rede sein. Sie freizugeben hieße den Leufel durch Weltzueh austreiben. Sie ist auch deshalb unmöglich, weil die umliegenden Länder die Freizügigkeit der rohen Häute und Felle noch nicht eingeführt haben. Frankreich hat allerdings jetzt die zehnprozentige Ausfuhrabgabe bei rohen Häuten und Fellen (sowie bei Rauchwaren aufgehoben, aber das Ausfuhrverbot als solches bleibt bestehen. Das einfachste Mittel, die Rohhäutepreise zu senken, ist eine starke Einfuhr von Rohhäuten. Hierzu fehlen aber die notwendigen Devisen. Durch unermüdete Hochschraubung der Rohhäutepreise wird der Export an Leder, Schuhen und Lederwaren schmelzgelagert oder mindestens stark eingeengt und so gehen noch weniger Devisen ein, um Rohhäute im Auslande aufzukaufen zu können.

Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 251 vom 27. Mai fanden folgende beachtliche Ausführungen über die Frage zu lesen:

Man verliert nun neuerdings die Frage der Lohndruckersteigerungen in den Vordergrund zu schieben. Die Bedeutung dieser Frage für die Gewinnung der Rohstoffe und der Preise hierfür ist gewiß nicht zu verkennen. Es sind selbstverständlich alle Versuche, die Lohndruckersteigerungen in den erträglichen Grenzen zu halten, zu unterstützen. Hierbei darf man jedoch nicht übersehen, daß die Preissteigerung für Rohstoffe, die man jetzt ausschließlich den Fortverwaltungen zur Last legen will, auch noch auf andere Umstände zurückzuführen ist. Man braucht nur an die Hirschhorn-Rindenersteigerung zu denken, bei der von lederindustrieller Seite für Eichentinde das Drei- bis Vierfache des Friedenspreises gezahlt wurde, und worüber damals das führende lederindustrielle Fachblatt selbst schrieb, daß die in Hirschhorn gezahlten Preise die Frucht unverständlicher Konkurrenzpreises seien. — Für mindestens so wichtig als die Rindenersteigerungen wird man jedoch die Häuteerhöhungen halten müssen. Mit diesen hat sich in den letzten Monaten die Devisenlosigkeit öfters beschäftigt. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß auf der Berliner Auktion vom 7. November 1923 für leichte Händhäute Angebote abgegeben wurden, die in Gold das Zehn- bis Zwölffache des Friedenspreises ausmachten, daß weiter auch noch in diesem Jahre überaus bedeutende Preissteigerungen auf den deutschen Häuteauktionen zu verzeichnen waren, daß z. B. zu Anfang des Jahres die Preise für deutsche rohe Häute und Felle über 30 Proz. über Weltmarktparität lagen und sich lange auf dieser Basis befanden. Dieser Zustand mußte als unerträglich empfunden werden, insbesondere auch deswegen, weil zu gleicher Zeit die deutschen Häutepreise weit über Weltmarktparität standen, die Preise für Rind 20 Proz. unter dem Friedenspreis und weit unter den Weltmarktpreisen lagen, so daß zwischen den deutschen Rindpreisen und den deutschen Häutepreisen eine beträchtliche Spanne bestand. Man wird es für eine Hauptaufgabe der Enquete ansehen müssen, nach dieser Richtung ihr Arbeit zu schaffen und insbesondere aufzuklären, wie diese Spanne entstanden ist und wo die Zwischenverdienste geblieben sind.

Aber auch mit einer anderen wichtigen Angelegenheit der Häuteauktionen wird sich diese Enquete befassen müssen. Bereits früher war die Erfahrung zu machen, daß bei rückgängigen Preisen sehr oft Lohse auf den Häutemärkten zurückgezogen und die betreffenden Lohse nicht zugeschlagen wurden, weil den Häuteerwerbern die gebotenen Preise nicht zureichten. Nachdem seit Ende April d. J. auf den deutschen Häuteauktionen, offenbar unter dem Eindruck der Geld- und Kreditnot, die Preise im Weichen gekommen sind, macht sich sofort wieder das alte Uebel des Zurückziehens der Lohse geltend.

Auf diese Weise wird eine gerechte und natürliche Preisbildung künstlich unterbunden. Wenn zwar bei steigender Konjunktur zu höchsten Preisen zugeschlagen

wird, bei rückgängiger Konjunktur jedoch nicht, wenn die Gebote den Auktionsoberkassierern nicht zusetzen, die Lohse zurückgezogen werden, so dürften diejenigen nicht ganz unredt haben, die in den Häuteauktionen ein preistreibendes Moment sehen. Die Preisbildung auf den deutschen Häuteauktionen und die sich hieraus ergebende Steigerung der deutschen Lederpreise hat zu einer schweren Schädigung der ledererarbeitenden Industrie, insbesondere der Schuhindustrie, geführt und ihr auch den Absatz nach dem Auslande so gut wie vollkommen unmöglich gemacht. Während z. B. die deutsche Schuhindustrie im Dezember 1923 noch 718 478 Paar ausführte, konnte sie im März 1924 nur noch 380 053 Paar ausführen, so daß ein Rückgang in der Ausfuhr um 89 Proz. festzustellen ist.

Auch an den Zahlungsbedingungen wird die Enquete nicht vorübergehen können. Man verrät kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, daß manche Lederfabrikanten bis zum heutigen Tage von den Schuhfabrikanten Effektivzahlung in Edelvaluta verlangen und trotz entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften hiervon den Abschluß des Geschäftes abhängig machen. Manche Lederfabrikanten nehmen trotz entgegenstehender Hinweise und lebhafter Proteste der Abnehmer nach wie vor die Umrechnung nicht zum amtlichen Berliner Kurse, sondern zur New Yorker Notierung vor. Der Zentralverein der deutschen Lederindustrie hat im Dezember 1923 Normalverkaufsbedingungen für das Inland herausgegeben mit der Umrechnungsklausel: „zu dem Kurse, zu dem der Währungswert der Faktura bestmöglichst beschafft werden kann“. Diese Zahlungsbedingung hat in Abnehmerkreisen lebhaften Beunruhigung hervorgerufen, weil unter Zugrundelegung dieser Klausel wilde Preisversteigerungen oder unkontrollierbare ausländische Börsennotierungen der Umrechnung zugrunde gelegt werden können.

Auch wird beanstandet, daß die Reparierungsklausel von vielen Lederfabrikanten nach wie vor in vollem Umfange angewendet wird. Gerade wenn man davon ausgeht, daß in den letzten Monaten infolge der geringen amtlichen Devisenzuteilungen verhältnismäßig geringe Mengen ausländischer Rohware eingeführt werden konnten und die Lederherstellung in der Hauptsache inländische Rohware verarbeiten mußte, so erscheint die Anwendung der Reparierungsklausel in vollem Umfange nicht begründet und muß für die inländischen Rohstoffanteile und die mit inländischen Zahlungsmitteln bezahlten Ausgaben, wie Unkosten, Gehälter, Löhne u. dgl., als ungerechtfertigt betrachtet werden.

Auch die von manchen Lieferanten angewendete Disparitätsklausel, wonach der Abnehmer die Differenz gegenüber höheren ausländischen Valutakursen zu tragen hat, ist nicht gerechtfertigt.

Wiesbach ist die Behauptung aufgestellt und verbreitet worden, daß einige deutsche Lederfabriken ihre Erzeugnisse an ausländische Schuhfabriken zu billigeren Preisen verkauft hätten als an deutsche und daß hierdurch der deutschen Schuhindustrie gegenüber deren ausländischen Abnehmern die Stellung erschwert worden wäre. Ob und inwieweit diese Behauptung zutrifft, könnte vielleicht auch durch die Enquete geklärt werden.

Wilhelm Weller †

Mitten in der Arbeit, noch nicht ganz 50 Jahre zählend, verschied am Dienstag früh der langjährige Kassierer und Angestellte des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes in Schuttgart, Wilhelm Weller. Sein schlichtes Wesen, sein offener Charakter und seine Zuverlässigkeit, vor allem in Kassenanangelegenheiten, verschaffte ihm Vertrauen weit über die Kreise seiner Berufsangehörigen hinaus. Am 27. Dezember 1874 in Degerloch geboren, trat er nach kurzer Wanderzeit am 24. Oktober 1896 dem damals noch jungen Fachverein der Sattler und verwandten Berufsgenossen bei und wurde 1904 ehrenamtlich zum Kassierer gewählt, ein Amt, das er gewissenhaft und pünktlich bis zu seinem Tode verwaltete. Für seinen Verband war er durch seine Stetigkeit, die ihn auszeichnete, der ruhende Pol in all den Wirren der hinter ihm liegenden Jahre. Er hinterläßt eine Frau, die ihn besonders während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Kassengeschäft tatkräftig unterstützte. Ihr wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.

Lohnbewegungen und Streiks.

- Lederwarenindustrie.
- Offendach-Frankfurt: Streik.
- Fachzeugindustrie.
- Breslau: Streik.
- Dessau: Streik.
- Tapezierergewerbe.
- Coitbus: Lohn- und Tarifstreit.

- Dresden: Streik.
- Marburg: Lohnstreit (Firma Schäfer).
- Freiberg i. S., Geringswalde, Waldheim: Streik.
- Freiburg und Karlsruhe: Ausperrung.
- Coblenz: Lohnarbitrall.
- Halte Zugzug nach den bestreikten Orten fern!

Verbandsnachrichten.
(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 15. bis 21. Juni ist der 25. Beitrag fällig.

Es ist das mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!

Wer seiner Organisation die Beitragszahlung verweigert, nimmt ihr den Betriebsstoff!

Achtung! Zeitungsbestellung.

Soweit die Orte die Verbandszeitung bei der Post abonniert haben, machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß Bestellungen für das dritte Quartal bis zum 20. Juni spätestens erfolgt sein müssen. Das Abonnement beträgt pro Quartal 30 Pf., die Zeitungsgebühr 9 Pf. pro Nummer. Wer nicht rechtzeitig bestellt, muß extra 20 Pf. Strafgebühr zahlen. Die Zeitung kann vorläufig noch nicht gratis geliefert werden.

Die in Nr. 13 unserer Zeitung veröffentlichten neuen Beiträge treten mit Beginn der 27. Woche bzw. mit Sonntag, den 29. Juni 1924, in Kraft. Von diesem Tage an dürfen die jetzt gültigen Marken nicht mehr verkauft werden. Sämtliche restierenden Wochenbeiträge sind dann mit den neuen Marken zu den dafür gültigen Bestimmungen nachzahlbar.

In der Abrechnung des zweiten Quartals dürfen nur alle Marken verrechnet werden, sämtliche Bestände von alten Marken einschließlich der Extrablätter sind mit der Abrechnung einzufenden. Die neuen Marken, auch die für restierende Wochen verkauften, kommen erst im 3. Quartal zur Verrechnung.

Nachfolgende Verwaltungen haben bis Montag, den 10. Juni, die Abrechnung für das erste Vierteljahr 1924 noch nicht eingekandt: Ansbach, Bitterfeld, Forst, Friedrichsroda, Glogau, Gummersbach, GutsMuths, Hamm, Harburg, Cangenstz, Minden, Müllchen, Neumarkt, Neusalz, Ohehruf, Remscheid, Siegen, Swinemünde, Schweinfurt, Weisensfels, Witten, Zehdenitz, Zwickau.

Die Kassieren werden ersucht, für umgehende Einfindung der Abrechnungen Sorge zu tragen. Das Geld und die Abrechnung für die verkauften Extramarken sind gleichfalls einzufenden. Die unterkauften Extramarken bleiben für das zweite Vierteljahr noch am Ort, damit die Säumigen noch zur Zahlung herangezogen werden können. Alfred Kriebel.

Adressenveränderungen.

- Brandenburg a. S. Vorf.: O. Kaufmann, Doppelfstr. 31.
- Bremen. Kass.: E. Neumann, Woltmershäuserstraße 126 a.
- Neustadt i. M. Kass.: Heinrich Wichtermann, Barock 2.
- Oberhausen. Vorf.: Gustav Henisch, Wachsalsstraße 110, I. Kass.: Jakob Saul, Ulmanstr. 29, 111.
- Eisfeld. Vorf.: Peter Maron, Rügenbergerstraße 127.

Verammlungskalender.

Ältn. Vollversammlung! Mittwoch, 18. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 1, Verammlung für alle Branchen. Vortrag über die Sachverständigen-Gutachten.

Sterbefafel.

- Einshorn. Am 28. Mai farb nach kurzer Krankheit Paul Goh.
- Wesl. Am 30. Mai farb Max Grothe, Hilfsarbeiter, im Alter von 34 Jahren.
- Berlin. Am 4. Mai farb im Alter von Franz Rieter.
- 55 Jahren der Portefeuller Kollege Ehre ihrem Andenken!